

THEMA DES TAGES

**MAN WIRD DOCH WOHL NOCH. . .** Beleidigungen und Vorurteile bestimmen immer häufiger die öffentliche Debatte. Es braucht einen Diskurs, wie wir miteinander reden möchten.

# Debattenkultur im Wandel

Die Art, wie wir diskutieren, ändert sich radikal – nicht immer zum Vorteil

Wann hat das bloß angefangen? War es mit der Flüchtlingskrise, mit dem Aufkommen der AfD, mit Pegida oder gar noch früher, mit Thilo Sarrazins kalkuliertem Tabubruch namens „Deutschland schafft sich ab“? Iris Mann überlegt lange, bevor sie antwortet. Nein, sagt sie dann, das greife alles zu kurz. Was wir heute erleben habe viel früher angefangen. Der Damm, der bislang dafür gesorgt hat, dass Ressentiments, Beleidigungen und Pöbeleien von öffentlichen Debatten ferngehalten werden, dieser Damm des demokratischen Anstands hat schon vor zehn, vielleicht fünfzehn Jahren erste Risse bekommen.

Iris Mann ist Bürgermeisterin für Kultur, Bildung und Soziales im Ulmer Rathaus – ein Job, der die eine oder andere Podiumsdiskussion mit sich bringt. Man versucht halt, nahe am Bürger zu sein. Doch diese Nähe bringt immer häufiger auch unangenehme Begegnungen mit sich. „Die Diskussion erreicht häufig eine Schärfe, die ich persönlich früher so nicht wahrgenommen habe und die ich auch nicht für angemessen halte“.

**Enthemmt lässt sich kein konstruktiver Dialog führen**

„Das äußert sich in Zuschriften, in Internet-Kommentaren und auf Veranstaltungen, an denen die Betroffenen nicht teilnehmen können.“ Beschimpfungen und Vorurteile sind Teil der Debatte geworden. Und das hat das Debattieren nicht gerade leichter gemacht.

„Man wird doch wohl noch sagen dürfen“ – sechs Jahre ist es her, dass die Bild-Zeitung diese Worte auf ihre Titelseite schrieb, da hatte der Damm bereits große Risse. Der Titel verwies auf eine Geschichte, in der es um Thilo Sarrazins Thesen ging, und in der ein Ende des „Sprechverbots“ gefordert wurde. Ein Sprechverbot, das es den Deutschen, verkürzt dargestellt, unersagte, unangenehme Tatsachen über Ausländer zu verbreiten und stolz auf ihr Land zu sein. Der Satz wurde seither oft gebraucht, man traut sich wieder was in Deutschland. Ob es nun die teils rassistischen Thesen der AfD, ein frauenfeindlicher Mob, der sich auf Facebook über eine weibliche Fußballkommentatorin auslässt, oder die Twitter-Nachrichten von Erika Steinbach sind – die Überwindung des vermeintlichen Sprechverbots hat hierzulande dazu geführt, dass Thesen, die man früher nur am Stammtisch geäußert hätte, heute ein breites Publikum erreichen.

Was man sagen darf und was nicht, ist gesetzlich geregelt. Die freie Meinungsäußerung ist im Grundgesetz verankert und hört in der Regel erst dort auf, wo sie die Freiheit der anderen einschränkt – bei Beleidigungen, Verleumdungen oder Schmähkritik etwa. Daneben gibt es aber auch noch ein ungeschriebenes Gesetz, was gemeinhin als „Sittlichkeit“, von rechten Strömungen als „Political Correctness“ und in der Soziologie als „soziale Norm“ bezeichnet wird: Die gesellschaftliche Übereinkunft dessen, was sich gehört, und was nicht. Und während das Grundgesetz konstant bleibt, ist die gesellschaftliche Norm stets im Wandel.

„Wir befinden uns gerade in einer Übergangsphase“, sagt Joachim Knappe, Professor für Rhetorik an der Universität Tübingen. Das Internet habe die Art, wie wir kommunizieren verändert, habe eine „schrankenlose Kommunikation“ möglich gemacht. Und dass man mehr sagen dürfe, sei prinzipiell auch positiv zu bewerten. „Es ist in einer Demokratie sehr wichtig, dass sich Menschen über alles, was das Leben betrifft, verständigen können“, sagt Knappe. Was in dieser Übergangsphase jedoch fehlt, ist eine Debatte darüber, was am Ende des Übergangs steht. „Wenn man nicht diskutiert, wie weit man gehen kann, dann könnte sich ein neuer Stil etablieren. Ein Stil der Enthemmung.“

Denn das Problem an der Enthemmung ist, dass sie in der Regel einen Dialog verhindert. Im Internet beginnt man langsam darauf zu reagieren, beginnt Diskussionen zu moderieren und Pöbeleien auszusortieren.

So auch Gregor Hackmack. Er ist Mitbegründer der Internetplattform „Abgeordnetenwatch.de“, einer Seite, die sich dem Dialog zwischen Politikern und Bürgern verschrieben hat. Als Nutzer kann man hier eine Anfrage an einen Bundestagsabgeordneten schicken und der beantwortet die dann. Doch auch dieses Konzept ist zunehmend schwieriger geworden. „Vor allem der Ton bei Anfragen zum Thema Asyl und Migration hat sich seit Anfang 2015 spürbar verschärft“, sagt Hackmack, denn:

„Parteien wie die AfD haben viel dazu beigetragen, dass rechtspopulistische Meinungen heute wieder salonfähig sind.“ Rund jede zehnte Anfrage habe

man im Herbst als fremdenfeindlich, rassistisch oder diskriminierend aussortieren müssen, viele bewegen sich im Grenzbereich, die Differenzierung werde zunehmend schwieriger. Internet-Seiten, die auf eine solche Moderation verzichten, haben oft das Problem, dass die Pöbler all jene Nutzer vertreiben, die an einem tatsächlichen Austausch interessiert sind. Der Dialog kann nur aufrecht erhalten werden, wenn die Entgleisungen gelöscht werden.

In der realen Welt geht das mit dem Wegmoderieren leider nicht so leicht, erst recht nicht in den Bürgerdialogen der Stadt Ulm. „Für mich ist das eine Einschränkung“, sagt die Bürgermeisterin Iris Mann, „weil Beleidigungen selten zu konstruktiven Dialogen führen.“

Sie versucht dann die Diskussion mit Argumenten wieder auf eine sachliche Ebene zu führen, all jene zurückzuholen, die nicht bloß ihrer Wut freien Lauf lassen wollen. Es lohne sich immer, auf Menschen zuzugehen. Doch es bleibt ein Kampf gegen Windmühlen. Der harsche Ton ist kein Ulmer Problem. Er ist ein gesellschaftliches.

„Die veränderte Gesprächskultur ist Ausdruck der Dekadenz unserer Gesellschaft“, sagt Mann. Einer selbstzufriedenen Gesellschaft nämlich, die sich nicht mehr für das große Ganze, sondern vorrangig für den eigenen Vorgarten interessiert. „Zu größeren politischen Fragestellungen, zu sozialer Gerechtigkeit oder Zukunftsplänen, gibt es kaum noch Bewegungen. Erst wenn es konkret wird, wenn es um das ganz persönliche Erleben geht, werden die Menschen aktiv.“ Die Diskussion um saubere Energie interessiert viele halt erst, wenn ein Windrad in Sichtweite aufgestellt wird. Es sei diese Fokussierung auf das persönliche Glück, die viele Diskussionen ins Emotionale abgleiten lässt.

Der Politikwissenschaftler Nils Heisterhagen fasst das so zusammen: „Der politischen Debattenkultur in Deutschland geht es schlecht. Es fragt sich, ob es überhaupt noch eine Debatte mit Argumenten und Gründen gibt, oder ob sich alle gegenseitig nur ihr falsches Weltbild vorwerfen.“ Vielleicht ist es an der Zeit darüber zu reden, wie wir miteinander reden.

## Auch Trump stellt die Spielregeln auf den Kopf

Nicht nur in Deutschland, auch in den USA wird in der politischen Debatte getetzt: Donald Trump gelingt es so, hochfrustrierte Wähler zu mobilisieren.

PETER DE THIER

Als der Republikaner Donald Trump vergangenen August bei der Bekanntgabe seiner Präsidentschaftskandidatur ankündigte, eine Mauer bauen zu wollen, „weil Mexiko uns nicht seine besten Leuten schickt, sondern Mörder und Vergewaltiger“ illegal die Grenze überquerten, wurde er von politischen Experten verspottet. Niemals werde der Republikaner bei den Vorwahlen einen Stich machen können, hieß es. In den Monaten danach aber stellte der New Yorker Unternehmer die herkömmlichen Spielregeln politischer Kampagnen auf den Kopf. Er beleidigte im US-Vorwahlkampf viele Wählergruppen heftig: Frauen, Afro-Amerikaner, Muslime und Körperbehinderte. Geschadet haben die Hasstratzen Trumps Ambitionen auf die Nachfolge von Präsident Barack Obama aber keineswegs, im Gegenteil.

Ob Trump nun die Wahl gewinnt oder nicht, was an Wählerumfragen gemessen unwahrscheinlich sein dürfte: In jedem Fall hat er neue Wählergruppen mobilisiert. Großenteils ungebildete Rechtspopulisten, die sich für seine Plattitüden und die undifferenzierte Dämonisierung ganzer Völker, Religions- und ethnischer Gruppen begeistern. Es handelt sich überwiegend um weiße Männer, viele, aber keineswegs alle aus den Südstaaten, wo sie „rednecks“, zu deutsch „Rothäse“, genannt werden. Sie bewundern ein weiteres Attribut, das Trump von anderen Kandidaten unterscheidet und die Rothäse bisher davon abhielt, an Wahlen teilzunehmen: Er verkörpert das Gegenteil der politisch Etablierten.

Mit rechtsgerichteten, weißen Männern allein kann Donald Trump nicht Präsident werden. Aber er hat ein Potenzial von mehreren Millionen Wählern mobilisiert, von denen die meisten Amerikaner gehofft hatten, dass sie sich niemals politisch engagieren würden.



Donald Trump diffamiert im Vorwahlkampf Frauen, Muslime, Afro-Amerikaner und Behinderte. Foto: dpa

„**ekelhaftes Pack.** Das ist doch weit jenseits jeden normalen Verhaltens. Was hat man uns da ins Land geholt? **#MerkelmussWeg**“  
Ein Twitter-Nutzer kommentiert ein Bild von Flüchtlingen, die gegen Essenspakete und für Taschengeld demonstrieren.

„**Ich möchte nicht, dass wir in irgend eine Moschee rennen müssen zu Weihnachten. Wenn wir dann überhaupt noch Weihnachten feiern dürfen.**“  
Eine Pegida-Demonstrantin erklärt im ARD-Magazin Panorama ihre Beweggründe.

„**Wie krank im Geschlecht und im Geiste, wie unnatürlich gefegelschaft? Deutschland schafft sich gerade selbst ab.**“  
André Poggenburg, AfD-Landeschef Sachsen-Anhalt, in der FAZ vom 16. Oktober 2015.

„**Und diese Leute regieren uns echt grüne entweder Drogensüchtig, schwul, lesbisch Kommunisten oder Familienpolitik es wird Zeit, dass solche Leute wegkommen.**“  
Thomas Palka, AfD-Abgeordneter im baden-württembergischen Landtag, kommentiert auf Facebook die Nachricht, dass Volker Beck mit Chrystal Meth erwischt wurde.

„**So ne heisere Krächztussi als Fußballreporterin – bei euch hackt's ja wohl! Scheiß Genderdreck, Frauen und Lesben haben im Männerfußball nichts zu suchen!**“  
Facebook-Kommentar zum EM-Spiel Wales gegen die Slowakei, das von Sport-Reporterin Claudia Neumann kommentiert wurde.



Fotolia/SWP-Grafik: Schwarz-Krapp

## „Irgendwer muss schuld sein“

Politikpsychologe Thomas Kliche über den Wunsch nach Kontrolle, bequeme Wähler und eine gefährdete Zukunft

**Die Erfahrung begrenzter Macht in einer komplizierten Welt macht nicht wenige Menschen aggressiv, sagt der Politikpsychologe Thomas Kliche.**

ANTJE BERG

Deutschlands Kommunalpolitiker beklagen, dass sie angesichts des Flüchtlingszuzugs einer Welle von Beschimpfungen, Beleidigungen und Drohungen ausgesetzt sind. Der Hass, der sich zunächst vor allem gegen die Politiker „da oben“ richtete, ist also längst vor Ort angekommen. Woher kommt er?

THOMAS KLICHE: Menschen vereinfachen Konflikte und Sachlagen, und sie wollen ihre Welt gern unter Kontrolle haben, das sind psychologische Grundmuster. Je komplizierter die Dinge, desto mehr Erleichterung schaffen Vereinfachungen und Kontrollillusionen. Die Welt war im-

mer kompliziert, aber jetzt ist das mit Händen zu greifen. Also muss doch irgendwer schuld sein – das sind dann die Flüchtlinge, die kann man sehen, und die Politiker, die kann man leicht beschimpfen. Nicht wenige haben sie schließlich nur gewählt, um Verantwortung abzugeben und in aller Ruhe Bequemlichkeit und Habgier zu pflegen.

Welche Bevölkerungsgruppen sind besonders anfällig dafür?

KLICHE: Männer, weniger Gebildete, Ältere und Jugendliche. Aber das ist Statistik, man findet jede Menge anderer Fälle. Denn dahinter steht ein Schock für alle: Unsere Zukunft ist ungewiss. Politik ist kein Zustelldienst für sicheren Wohlstand rundum sorglos frei Haus. Wir haben eigene Verantwortung für eigene Entscheidungen. Im Schreck fallen viele auf kindliche Gefühlsmuster zurück: Da gibt es Wut, Enttäuschung über Politiker, die man ja selbst gewählt hat, Schwarz-Weiß-

Denken, Hass, Radau, symbiotische Phantasien einer Einheit von einem selbst und Volk und Führung, oder den Wunsch nach Leuten, die das alles für uns regeln.

War dieser Hass schon vorhanden etwa als unterdrückte Wut? Warum war er bisher nicht in diesem Ausmaß sichtbar?

KLICHE: Es gab immer einen soliden Bodensatz überzeugter Rassisten. Aber die Erfahrung unserer begrenzten Macht ist neu, und wir machen sie in einer komplizierten Welt immer häufiger. Das ruft bei vielen bisher ruhigen Menschen heftige Gefühle hervor.

Welche Rolle spielt das Internet in diesem Zusammenhang? Fördert es die Hemmungslosigkeit?

KLICHE: Ja. Man kann sich unbegrenzt unter Leuten aufhalten, die alle die gleiche Ansicht vertreten und sich gegenseitig hochheizen, bis alle glauben, sie seien das Volk.



Thomas Kliche: Die Weitsichtigen und Vernünftigen müssen zusammenhalten. Foto: imago stock&people

Und dabei bleiben Tatsachen auf der Strecke. Viele Behauptungen und Erklärungen sind grotesk, aber das prüft niemand – Hauptsache, es passt ins Weltbild.

Anfangs haben sich viele Hetzer noch hinter ihrer Anonymität versteckt. Inzwischen wird ganz offen beschimpft und beleidigt.

KLICHE: Die meisten bleiben immer noch in Deckung, aber sie testen. Das ist Grenzmoral – jeder, der sich daran beteiligt, verschiebt die Grenze der Anständigkeit mit sei-

nen Provokationen ein Stückchen, und wenn wenig passiert, kommt die nächste Übertretung. So macht die AfD das vor.

Muss man davon ausgehen, dass radikalisierte Debatten radikales Handeln befeuern? Wohin führt das unsere Gesellschaft im schlimmsten Fall?

KLICHE: Klar, Handeln beginnt im Kopf, Feindbilder benennen Verfolgungsobjekte. Brennende Unterkünfte und Terrorismus sind aber gar nicht die schlimmste Folge, sondern langfristig die kollektive Verwirrung mit selbstschädigenden Auswirkungen. Denn Ausgrenzung ist ja keine Lösung, Mauern schützen vor nichts. AfD, Brexit und Verschwörungstheorien im Internet halten uns schrecklich auf. Schlimm wäre es, wenn wir dadurch den Wettlauf mit der Zeit um den ökologischen, gemeinschaftlichen, auch international fairen Umbau unserer Gesellschaft verlieren. Dann wäre

es auch vorbei mit Wohlstand und Sicherheit.

Was können wir tun, um diese Entwicklung zu stoppen? Funktioniert das Mittel der sozialen Ächtung nicht mehr?

KLICHE: Die Weitsichtigen, Vernünftigen müssen zusammenhalten. Sie müssen klare Vorstellungen entwickeln, wie wir in zehn, zwanzig Jahren ein gutes Leben haben. Sie dürfen den Streit mit den Hetzern nicht scheuen. Sie müssen politisch und gesellschaftlich aktiver werden, Verantwortung übernehmen, ja Macht anstreben. Das Ziel muss sein, unseren Kindern eine Welt mit weniger Hass und mehr Menschlichkeit zu hinterlassen.

**Info** Professor Thomas Kliche, Politikologe und Psychologe, lehrt an der Universität Magdeburg-Stendal. Zu seinen Schwerpunkten gehört die Politik- und Gesellschaftspsychologie.